

Kenny Greber
 SP und Gewerkschaften
 Einfangstrasse 4
 8570 Weinfelden

Turi Schallenberg
 SP und Gewerkschaften
 Bädlistrasse 8
 8575 Bürglen

EINGANG GR		
5.6.2024		
GRG Nr.	24	IN 1 26

Interpellation „Koordinierter Umgang mit Staatsverweigerern und Reichsbürgern“

Seit der Corona-Pandemie nehmen in der Verwaltung und den Behörden die Zwischenfälle mit Menschen, die den Staat ablehnen und Reichsbürgern, zu. Betroffen sind sowohl kommunale als auch kantonale Behörden und Ämter (Steuerämter, Gerichte, Betreibungsämter, Polizei etc). Es entsteht aufwändige, ins Leere laufende Korrespondenz, es kommt zu persönlichen Anfeindungen, zu aggressiver, ablehnender Kommunikation, es werden Rechnungen gestellt, Angestellte der Verwaltung werden mit Zahlungsbefehlen belastet, etc.

Staatsverweigerer und Reichsbürger stören durch ihr Verhalten den ordentlichen Betrieb in den Ämtern teilweise erheblich und nachhaltig (diverse Medienartikel mit Roger Wiesendanger, Amtsleiter ABK) Die psychische Belastung der betroffenen Mitarbeitenden führt teilweise dazu, dass diese die Arbeitsstellen verlassen (Interview mit Regierungsrat Martin, TZ, 01.02.2024). Weitere Belastung entsteht dadurch, dass Mitarbeitende der Ämter und Behörden teilweise namentlich im Internet diffamiert werden und fiktive Haftbefehle gegen sie ausgestellt und im Internet verbreitet werden.

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

- 1) Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr ein, die von Staatsverweigerern ausgeht?
 - 1a) Werden Übergriffe statistisch festgehalten?
 - 1b) Gibt es eine zentrale Meldestelle?
 - 1c) Welche präventiven Massnahmen existieren, sind bekannt sowie implementiert und werden derzeit ergriffen?
- 2) Kennt der Kanton Thurgau ein einheitliches Vorgehen in Bezug auf Staatsverweigerer und Reichsbürger, die die Ämter und deren Mitarbeitenden ablehnen, bedrängen und teilweise bedrohen?
 - 2a) Wenn ja; welches und wie?
 - 2b) Wenn nein; wird der Kanton ein solches Vorgehen entwickeln und wer wird bei der Ausarbeitung miteinbezogen?
- 3) Wie werden die betroffenen Mitarbeitenden unterstützt?
- 4) Welche zusätzlichen Kosten (Administration, Mandate von hinzugezogenen Anwältinnen und Anwälten, Umbaumassnahmen in Ämtern, Kündigungen in Zusammenhang mit Staatsverweigerer und Reichsbürger, Kosten der Rekrutierung, Polizeiresourcen, etc.) werden durch Staatsverweigerer und Reichsbürger verursacht?
 - 4a) Wie sieht die Situation in den Gemeinden aus und welche Kosten entstehen diesen?

Begründung

Die Gefahr, die von Staatsverweigerer und Reichsbürger ausgeht, wird in einzelnen Ämtern und Verwaltungseinheiten als real erlebt und belastet die entsprechenden Mitarbeitenden. In Deutschland, in der ähnliche Bewegungen schon länger in der breiten Öffentlichkeit bekannt sind, kam es in der Vergangenheit zu schweren Vorfällen – auch mit

Todesfolge. Solchen Auswüchsen muss aktiv mit gezielter, frühzeitiger Prävention, einem einheitlichen Monitoring und geeigneter sowie wirksamer Repression entgegengewirkt werden. Es darf nicht sein, dass eine Maxime herrscht, die davon ausgeht, dass tatsächlich erst reagiert werden kann, wenn es bereits zu einem schweren Vorfall gekommen ist.

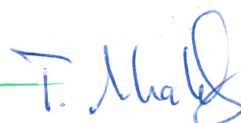
Ein kantonal einheitliches und koordiniertes Vorgehen in Bezug auf die Eskalationsspirale könnte helfen, die Sicherheit und den Arbeitsablauf in den Ämtern zu gewährleisten sowie die Mitarbeitenden zu schützen und gezielt und koordiniert zu unterstützen. Falls ein solches Vorgehen noch nicht existiert, ist es notwendig, dass der Kanton ein einheitliches Konzept zur Handhabung dieser Problematik entwickelt, unter Einbezug von Fachstellen und Betroffenen. Die momentane Vorgehensweise wird als zahnlos und vermeidend empfunden. Die Praxis des Ignorierens führt zu keiner Abnahme der Belastung und schon gar nicht dazu, dass Menschen, die den Staat ablehnen, sowie verweigern an Nährboden verlieren. Vielmehr führt diese Praxis dazu, dass das Feld den Staatsverweigerern und Reichsbürgern überlassen wird und sich Grenzen schrittweise verschieben.

Die Handhabung von Staatsverweigerern und Reichsbürgern verursacht nicht nur personelle und organisatorische Herausforderungen, sondern führt offensichtlich auch zu finanziellen Mehrbelastungen. Diese können unter anderem durch zusätzlichen Verwaltungsaufwand, notwendig werdende Anwaltsmandate, Krankheitsausfälle aufgrund Belastung, Kündigungen von Personal und die damit verbundenen Rekrutierungskosten, Polizeieinsätze (Zuführung, Zustellung von Vorladungen, Gefahreinschätzung, etc.), Rechtskosten und weiteren entstehen. Eine detaillierte Kostenerfassung (Vollkostenrechnung) ist notwendig, um das Ausmass der finanziellen Belastung durch Staatsverweigerer zu verstehen und um geeignete Massnahmen für den Umgang mit deren zu finden. Ebenfalls ist es wünschenswert, dass auch die Gemeinden ihre Mehrkosten ausweisen, um ein Gesamtbild zu erhalten.

Dem Regierungsrat wird im Voraus für die Beantwortung der Fragen gedankt.

Weinfelden, 05. Juni 2024



Kenny Greber



Turi Schallenberg

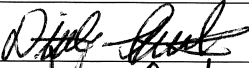
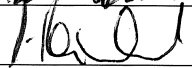
Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Interpellation von Kenny Greber und Turi Schallenberg.

„Koordinierter Umgang mit Staatsverweigerern und Reichsbürgern“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 <i>van Nessel</i>		26 <i>Stricker Christian</i>	
2 <i>Wolffender Edith</i>	<i>E. Wolffender</i>	27 <i>Fasi Cristina</i>	<i>C. Fasi</i>
3 <i>Bruhlmann Markus</i>	<i>M. Bruhlmann</i>	28 <i>Wyss Roman</i>	<i>R. Wyss</i>
4 <i>Müller Felix</i>	<i>F. Müller</i>	29 <i>Leuthold Stefan</i>	<i>S. Leuthold</i>
5 <i>Vukolic-Fuss</i>	<i>S. Vukolic</i>	30 <i>Braun Marco</i>	<i>M. Braun</i>
6 <i>Sonthaus Martin</i>	<i>M. Sonthaus</i>	31 <i>Aug Alina</i>	<i>A. Aug</i>
7 <i>Senn-Bieri Win</i>	<i>W. Senn-Bieri</i>	32 <i>Zürcher Nicole</i>	<i>N. Zürcher</i>
8 <i>Hess Linda</i>	<i>L. Hess</i>	33 <i>Sigg Alexander</i>	<i>A. Sigg</i>
9 <i>Bacchi Alessandra</i>	<i>A. Bacchi</i>	34 <i>Michelle Strick</i>	<i>M. Strick</i>
10 <i>Buggeman Marina</i>	<i>M. Buggeman</i>	35 <i>Kramerer Den</i>	<i>D. Kramerer</i>
11 <i>Schönegger Traudi</i>	<i>T. Schönegger</i>	36 <i>Comela Barbara</i>	<i>B. Comela</i>
12 <i>Birk Markus</i>	<i>M. Birk</i>	37 <i>Peter Schenk</i>	<i>P. Schenk</i>
13 <i>Müller Elina</i>	<i>E. Müller</i>	38 <i>Robin Spiri</i>	<i>R. Spiri</i>
14 <i>CHRISTIAN KOEN</i>	<i>C. Koen</i>	39 <i>Canzed Christian</i>	<i>C. Canzed</i>
15 <i>Dählis Barbara</i>	<i>B. Dählis</i>	40 <i>Andrea Dijoud</i>	<i>A. Dijoud</i>
16 <i>Bühler Peter</i>	<i>P. Bühler</i>	41 <i>Reis Ammen</i>	<i>A. Reis</i>
17 <i>Imhof Kilian</i>	<i>K. Imhof</i>	42 <i>Matthias Müller</i>	<i>M. Müller</i>
18 <i>Schuldenreit Beate</i>	<i>B. Schuldenreit</i>	43 <i>Braun Barbara</i>	<i>B. Braun</i>
19 <i>Royer Martin</i>	<i>M. Royer</i>	44 <i>Züega Jost</i>	<i>J. Züega</i>
20 <i>Raidisili Marc</i>	<i>M. Raidisili</i>	45 <i>Vogel Simon</i>	<i>S. Vogel</i>
21 <i>Dietz Mathias</i>	<i>M. Dietz</i>	46 <i>Engeli Brigita</i>	<i>B. Engeli</i>
22 <i>Marolf Jürg</i>	<i>J. Marolf</i>	47 <i>Hauer Cornelia</i>	<i>C. Hauer</i>
23 <i>Siegeheld Peter</i>	<i>P. Siegeheld</i>	48 <i>Prangheld Peter</i>	<i>P. Prangheld</i>
24 <i>Stiege Romy</i>	<i>R. Stiege</i>	49 <i>Keller Ueli</i>	<i>U. Keller</i>
25 <i>Radesch Anne</i>	<i>A. Radesch</i>	50 <i>Bétrisey Karin</i>	<i>K. Bétrisey</i>

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Interpellation von Kenny Greber und Turi Schallenberg.

„Koordinierter Umgang mit Staatsverweigerern und Reichsbürgern“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
51 Didi Feuerle		76	
52 Burkhard Schuster		77	
53		78	
54		79	
55		80	
56		81	
57		82	
58		83	
59		84	
60		85	
61		86	
62		87	
63		88	
64		89	
65		90	
66		91	
67		92	
68		93	
69		94	
70		95	
71		96	
72		97	
73		98	
74		99	
75		100	